



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 07.07.2008

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Förg
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Garlin
Herr Stadtrat Gehring
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Späh
Frau Stadträtin Vollmer
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Kulturdezernent Dr. Biege	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt	TOP 6 + 7
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	bis TOP 5
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	bis TOP 3
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Rieger

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Vorstellung des neu gewählten Personals	
2.	Bürgerfragestunde	
3.	Bahnhof Biberach - Fahrgastinformationssystem	113/2008
4.	Bau einer Fotovoltaik-Anlage auf den Dächern der neuen Mensa und der neuen WG-Turnhalle	121/2008
5.	Umweltschutz Förderprogramm - Aufhebung des Sperrvermerks über 100.000,00 €	117/2008
6.	Sanierung Pfarrhaus und Gemeindehaus Sankt Martin (ehemals Michaelskapelle)	109/2008
7.	Bebauungsplan "Gaisentalstraße/Grüner Weg" - Aufstellungsbeschluss	112/2008
8.	Änderung der Steuerbefreiungen in der Vergnügungssteuersatzung	127/2008
9.	Bekanntgaben: Verkehrszählung	
10.	Verschiedenes	
10.1.	Verschiedenes: Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses vom 24.06.08	
10.2.	Verschiedenes: Dank für die Informationsfahrt	

Die Mitglieder wurden am 26.06.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 03.07.08 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Vorstellung des neu gewählten Personals

OB Fettback stellt Frau Dr. Dellsperger als neue Verantwortliche für den Bereich Wieland vor. Sie habe in ihrer Vorstellung sehr viele Ideen mitgebracht und trete das große Erbe des Sohnes der Stadt in Nachfolge von Frau Ottenbacher an, der großer Dank gebühre, da sie über 27 Jahre mehr als eine halbe Stelle ausgefüllt habe.

Es wird applaudiert.

Frau Dr. Dellsperger dankt herzlich für das in sie gesetzte Vertrauen. Sie werde die Aufgabe mit Leib und Seele angehen. Sie fühle sich geehrt, diese über Generationen gewachsene Stelle auszufüllen. Die Wieland-Stadt Biberach werde mit Unterstützung des Gemeinderats auch weiterhin an Attraktivität gewinnen.

Anschließend stellt OB Fettback Herrn Kopf als neuen Hochbauamtsleiter vor. Er sei vielen bekannt, da er seit sieben Jahren stellvertretender Hochbauamtsleiter sei und die Nachfolge von Herrn Reiser antrete. Er gratuliert herzlich zur Wahl. Herr Kopf habe sich gegen 15 Bewerber durchgesetzt, die sich der Verwaltung vorgestellt hätten. Auch er habe Ideen und Visionen vorgebracht.

Es wird applaudiert.

Herr Kopf dankt herzlich für die Wahl und das in ihn gesetzte Vertrauen. Er werde sich den kommenden Herausforderungen stellen und freue sich auf die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und den Kollegen in der Verwaltung.

Es wird applaudiert.

TOP 2 **Bürgerfragestunde**

Herr Maier meldet sich zu Wort und hat verschiedene Fragen. Einmal fragt er nach dem Ergebnis des Runden Tisches Jugend, worauf OB Fettback zu verstehen gibt, dass dies nicht in einem Satz erläutert werden könne. Er verweist auf die dem Gemeinderat zugegangene Vorlage zur Rechtssicherheit und gibt zu verstehen, man fange nicht bei Null an. Das Thema sei in der Stadt schon länger präsent und nur ein Teil der Jugendlichen betroffen. Es gelte die Regel „fördern und fordern“, wobei letzteres momentan im Vordergrund stehe. Man nehme das Thema sehr ernst.

Dann fragt Herr Maier nach der Mensa an den Ganztageschulen und fragt, ob Bedürftige Zuschüsse bzw. ein kostenloses Essen erhielten.

OB Fettback gibt zu verstehen, man stehe am Beginn eines Prozesses und müsse miteinander lernen, auch bezüglich der Preisgestaltung. Schüler, die nicht in der Lage seien, den vollen Preis zu bezahlen, könnten über die Rektoren Sonderregelungen erhalten.

Dann spricht Herr Maier die neuen Fahrradschilder an und dankt für deren Installation.

Abschließend spricht er den Kreisel bei der Firma Liebherr. Von der Valenceallee kommend breche der Radweg ab, was nicht gut sei.

BM Ogertschnig erwidert, es sei eine Gesamtplanung vorhanden, die eine beidseitige Fortführung des Radweges vorsehe, was mit der zweiten Kreuzung realisiert werde.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 113/2008 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback widerspricht vehement einem Leserbrief, wonach bei einer früheren Finanzierung GVFG-Finanzierung möglich gewesen wäre. Bei der Verwaltung habe keiner geschlafen. Man sei immer am Ball gewesen und weder Stadtverwaltung noch Gemeinderat hätten etwas versäumt. Er persönlich sei wütend, da es seines Erachtens richtig gewesen wäre, das Informationssystem zu installieren. (Applaus). Es gehe auch um die Information der Busfahrer am ZOB. Nachvollziehbar sei auch, dass den Bürgern die Zuständigkeiten egal seien. Diese müssten jedoch beachtet werden. Die Stadt trete immer mehr in Kompensation und Vorfinanzierungen. Als Beispiel nennt er die Schulen, den Umbau der Saulgauer Straße und die Zukunft der Dollinger-Realschule. Irgendwann müsse ein Schlussstrich gezogen werden.

StR Abele gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion sei mit der Verwaltung einer Meinung. Es könne nicht sein, dass die Steuerzahler für etwas aufkämen, das Aufgabe eines privaten Dienstleisters sei. Er gibt Informationen zu einem Internetauftritt des Reiseinformationssystems in Umlauf und meint, unter Umständen könne man etwas Derartiges zur Verfügung stellen. Man benötige ein vandalismussicheres Internetterminal und einen LCD-Bildschirm für außen und könnte sich im Innern, hier müsste mit der Bahn verhandelt werden, ebenfalls ein Terminal vorstellen, damit die Informationen abgerufen werden könnten, wann ein Zug Verspätung habe. Die regelmäßige Aktualisierung dieser Seite sei technisch kein Problem und der Bildaufbau dauere nur ca. 1 Sekunde. Die Investitionskosten seien nicht höher als 5.000 bis 7.500 € für ein Terminal und die Bildschirmanzeige. Der Betriebsaufwand sei sehr gering, da praktisch nur Stromkosten anfielen. Der Rechner könnte automatisiert werden, so dass das Informationsbedürfnis deutlich befriedigt werden könnte und man für 5 % des Aufwandes fast die gleichen Informationen hätte wie mit einer Fahrgastinfo. Er bittet, die Verhandlungen mit der Bahn zu forcieren, dass diese eventuell bereit wäre, wenigstens die Stromkosten zu übernehmen.

BM Ogertschnig dankt für den Hinweis und **sagt zu**, mit der Bahn zu prüfen, ob Derartiges realisiert werden könne. Wenn man nur den Ansatz einer Möglichkeit sehe, wäre bis 10.000 € die Umsetzung seines Erachtens unproblematisch.

StR Keil verweist auf den **Antrag** der SPD-Fraktion, der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Er bezeichnet eine funktionierende Bahnanlage als eine der wichtigsten Zukunftsinvestitionen, da sie für viele Bevölkerungsschichten immer wichtiger werde. Ein kundenfreundlicher Bahnbetrieb sei ohne funktionierendes Kundeninformationssystem nicht vorstellbar. Da man an der Bahn nichts ändern könne, müsse man politisch eingreifen. Die erforderlichen Leerrohre seien vorhanden und man habe nun Zeit, die Möglichkeiten zu prüfen. Die Forderung nach einer Fahrgastinformation stelle keine Festlegung auf ein bestimmtes System dar. In der verbleibenden Zeit könne man mit der Bahn klären, wie sich die personelle Ausstattung künftig gestalten und wie die technische Verbindung zu den einzelnen Bahnhöfen erfolge. Man benötige weiterhin Möglichkeiten für Partner wie den DING und müsse Sorge tragen, dass einer der wichtigsten Bahnhöfe funktionstüchtig sei. Eine Stadt, die sich ein Parkleitsystem geleistet habe, dem auch er zugestimmt habe, müsse auch ein Fahrgastinformationssystem am Bahnhof vorweisen. Er **beantragt**, 10.000 € zur Verfügung zu stellen, ein Fahrgastinformationssystem, das funktioniere, zu installieren. Der SPD-Antrag könnte eventuell so lange zurückgestellt werden.

StR Zügel meint, jedes Informationssystem, mit dem man sich nicht in die Abhängigkeit Dritter begeben, sei in Ordnung. Würde man der Bahn nachgeben, bedeutete dies eine Belastung für die Steuerzahler. Mit dem Fahrgastinformationssystem begäbe sich die Stadt in Abhängigkeit der Bahn AG, mit der man in der Vergangenheit nicht immer die besten Erfahrungen gemacht habe. Nach Auskunft der Bahn sei Biberach in Kategorie 5 eingestuft, was relativ wenig Reisende und keine Umsteigebeziehungen bedeute. Es sei daher nicht richtig zu behaupten, dass ohne Fahrgastinformationssystem kein funktionierender Bahnhof vorhanden wäre. Der Vorschlag von StR Abele, eine günstige Technik zur Verfügung zu stellen, ohne sich in Abhängigkeiten zu begeben, werde von den Freien Wähler begrüßt.

StR Weber bringt vor, der Antrag der Grünen, der dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt ist, sei im Bauausschuss gescheitert. Man sei den Bürgern schuldig, ein Fahrgastinformationssystem anzubieten, das die Stadt auch mit Recht bezahlte. Man habe einen schönen Bahnhof, der bald elektrifiziert werde und benötige dann auch ein Informationssystem. Nach dem Behindertengleichstellungsgesetz sei die Bahn verpflichtet, Barrierefreiheit zu garantieren. Hierzu gehörten auch optische und visuelle Informationen. Seines Erachtens sei der Fall nicht ausverhandelt. Den CDU-Vorschlag bezeichnet er als Notlösung.

StR Braig gibt zu bedenken, beim CDU-Vorschlag würden ZOB-Verbindungen nicht eingebunden. Man müsse prüfen, wie auch dies erfolgen könne.

StR Lemli gibt zu verstehen, er sei zwar kein Bahnvielfahrer, meine jedoch, dass Ältere mit dem Vorschlag von StR Abele Probleme hätten.

StR Abele bringt vor, die Bahn stelle Abfahrtszeiten inklusive Verspätungen eine Stunde im Voraus auf dem genannten System zur Verfügung. Es müsse nur die Anzeige im Terminal ständig aktualisiert werden, weshalb keine Bedienung durch Nutzer erforderlich sei.

StR Gehring zeigt sich gegenüber der Bahn verärgert. Es handle sich um ein Staatsunternehmen, auch wenn dieses privatisiert sei. Dieses Unternehmen mache für die Bürger herzlich wenig, obwohl die Züge voll seien. Biberach sei nicht nur ein Provinzbahnhof und viele seien auf die Informationen angewiesen.

StR Funk könnte den Anträgen von SPD und Grünen als Kompromiss zustimmen, wenn auch am ZOB ein Terminal installiert würde. Sollte dies insgesamt über 10.000 € kosten, müsse man erneut ins Gremium.

Der Antrag der Grünen vom 26.06.08 wird einvernehmlich zurückgestellt. Der **SPD-Antrag** vom 26.06.08 wird mit 10 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Bei 2 Enthaltungen (StRe Kapfer, Späh) und restlichen Ja-Stimmen fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Für den Bahnhof Biberach wird für zunächst maximal 10.000 € ein funktionierendes Fahrgastinformationssystem angeschafft und nach Möglichkeiten gesucht, auch ein Terminal am ZOB zu installieren.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 121/2008 zur Beschlussfassung vor.

StR Kolesch zeigt sich namens der CDU-Fraktion sehr zufrieden mit der Vorlage und signalisiert Zustimmung. Es sei der Antrag der CDU-Fraktion gewesen, den Auftrag nicht den Stadtwerken, sondern einem Privaten eine Chance zu geben. Nun habe man zwei positive Ergebnisse, erhalte eine größere Anlage und bekomme gleichzeitig Geld in den städtischen Haushalt.

StRin Drews zeigt sich erstaunt über die Rechnung der Firma Solar und meint, sie sei sicher ausge-reizt. Schade sei, dass die e.wa riss noch immer kein derartiges Projekt starte. Energiegewinnung zur Gegenfinanzierung steigender Kosten wäre ein positives Signal und stünde der e.wa riss gut zu Gesicht. Die SPD-Fraktion stimme zu.

Auch die Freien Wähler werden nach Auskunft von StR Zügel zustimmen. Der Beschlussantrag sei sinnvoll. Da auch eine Firma endlich sei sollte präzisiert werden, ob eine Miet-Sonderzahlung oder eine Monatsmiete gewählt werden solle. Er plädiere für die Sonderzahlung, da dann der Fall für die Stadt erledigt sei.

StRin Brunner meint, statt der gedachten 70 kw plane die Firma 98 kw. Sie fragt, ob die Miet-Sonderzahlung unabhängig von der kw-Menge sei, die auf dem Dach installiert werden könne und fragt, ob es sich hier um einen Fehler der Ausschreibung oder der Firma Solar handle. Sie plädiert für eine Einmalzahlung, da die Firma schon dreimal den Kommanditisten gewechselt habe. Ferner müssten wasserdichte Verträge bezüglich der Dachhaut, der Statik und ähnlichem abgeschlossen werden.

StR Funk bemerkt, die FDP stimme gerne zu, weil doppelt so viel regenerative Energien erwirtschaftet würden. Er fragt, wer für die Erhöhung verantwortlich sei und plädiert für eine Einmalzahlung.

Die FDP habe im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beantragt, dass alle derartigen Maßnahmen von Stadt, Stadtwerken und e.wa riss gebündelt würden. Es sei richtig, dass die Anlage nicht von der e.wa gebaut werde, sondern besser von einem Dritten, damit sich Stadt, Stadtwerke und e.wa an einem großen Projekt, beispielsweise einem Stausee, beteiligen könnten.

Herr Maucher lässt wissen, die Miet-Sonderzahlung sei an 98 kw gebunden.

OB Fettback stellt fest, im Gremium werde die Einmalzahlung präferiert.

Den Prüfungsauftrag der FDP habe man nicht vergessen, er bezweifle aber, dass noch 2008 eine Antwort erfolge. Man habe noch kein Konzept, wie beispielsweise bei der e.wa das eine Prozent vernünftig investiert werden könne. Im März 2009 sei eine Klausur geplant, die auch im Zusammenhang mit Fördermitteln gesehen werden könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die für den Bau von Fotovoltaik-Anlagen geeigneten Dachflächen auf den Dächern der neuen Mensa und der neuen WG-Turnhalle werden an die Firma Oberschwaben Solar GmbH, Ravensburg, für die Dauer von 21 Jahren vermietet.

**TOP 5 Umweltschutz Förderprogramm
- Aufhebung des Sperrvermerks über 100.000,00 €**

117/2008

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 117/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 26.06.08.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Sperrvermerk in Höhe von 100.000 € auf Haushaltsstelle 2.1110.987400.1 – Umweltschutzförderprogramm - wird aufgehoben.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 109/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 30.06.08.

BM Ogertschnig erläutert den Sachverhalt.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die denkmalpflegerischen Mehraufwendungen zum Erhalt der beiden Kulturdenkmale Kirchplatz 3 und Kirchplatz 4 werden mit 75.000 € bezuschusst. Die Förderung wird auf drei Haushaltsjahre (2008 - 2010) mit je 25.000 € verteilt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 112/2008 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 30.06.08.

StR Braig modifiziert seine Wortmeldung aus dem Bauausschuss. Er habe öffentliche Stellplätze gefordert, was sich in der Diskussion als nicht sinnvoll erwiesen habe. Er sei für die flexiblere Herstellung von privaten Stellplätzen auf Privatgrundstücken. Vorgeschrieben seien je Wohneinheit 1 ½ Stellplätze und im Baugebiet Rißegg Steige habe man zwei durchgesetzt. In großen verdichteten Anlagen wie dem Gaisental sollte von den Investoren eine höhere Anzahl privater Stellplätze gefordert werden. Er kündigt einen entsprechenden Antrag an, damit bei jedem Bebauungsplan individuell entschieden werden könne.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 08-026 vom 05.06.2008 bandiert umrandeten Bereich wird der Bebauungsplan „Gaisentalstraße/Grüner Weg“ gemäß § 2 BauGB aufgestellt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 127/2008 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) sowie §§ 2, 8 Abs. 2 und 9 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes für Baden-Württemberg (KAG) einstimmig folgenden

Beschluss:

Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer vom 07.07.2008

Artikel 1

Die Satzung zur Erhebung der Vergnügungssteuer vom 23.09.1991, zuletzt geändert am 14.05.2002, wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 1 und 2 erhalten folgende Fassung

- (1) Der Vergnügungssteuer unterliegen Tanzveranstaltungen (z. B. Diskotheken, Tanzlokale) – wenn diese eine nach § 7 Abs. 2 dieser Satzung berechnete Fläche von über 250 m² haben –
– Nachtlokale und vergleichbare Betriebe

- (2) Der Vergnügungssteuer unterliegen Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsgeräte sowie Geräte mit Warengewinnmöglichkeit die im Stadtgebiet an öffentlich zugänglichen Orten (z. B. in Gaststätten, Spielhallen, Kantinen, Vereinsräumen, Gewerbebetrieben) zur Benutzung gegen Entgelt bereitgehalten werden.

2. § 2 Abs. 3 und 4 entfallen

3. § 3 erhält folgende Fassung

- (1) Von der Steuer nach § 2 Abs. 2 ausgenommen sind
 1. Billardtische, Tischfußballgeräte und Dart-Spielgeräte,
 2. Personalcomputer, die Zugang zum Internet verschaffen (Internet-PCs),
 3. Geräte zur Wiedergabe von Musikdarbietungen (z. B. Musikboxen),
 4. Spielgeräte, wenn diese von einzelnen Personen in privaten Wohnräumen genutzt werden,

5. Geräte ohne Gewinnmöglichkeit, die nach Ihrer Bauart nur für die Benutzung durch Kleinkinder bestimmt und geeignet sind (mechanische Schaukeltiere).
- (2) Von der Steuer nach § 2 Abs. 1 ausgenommen sind Tanzveranstaltungen, die von örtlichen Vereinen, der Schützenfestdirektion, den staatlichen und privaten Schulen (auch Volkshochschule) oder von anerkannten Trägern der freien Jugendpflege durchgeführt werden.

4. Änderungen des § 4

Im § 4 werden in 2. die Wörter und Ziffern „und 3“ und in 3. „4 und“ herausgenommen.

5. Änderungen des § 5 Abs. 1

§ 5 Abs. 1 erhält für die „Veranstaltungen im Sinne von § 2 Abs. 1, 4 und 5“ die Fassung „Veranstaltungen im Sinne von § 2 Abs. 1 und 5“ und für die „Veranstaltungen im Sinne von § 2 Abs. 2 und 3“ die „Veranstaltungen im Sinne von § 2 Abs. 2“.

6. Änderungen und Herausnahmen des § 6

Im § 6 werden in 2. die Wörter und Ziffern „und 3“ und 3. komplett herausgenommen.

7. Änderungen und Herausnahmen des § 8

Im § 8 Abs. 1 entfällt 1. c) und ebenfalls 3. § 8 Abs. 1, „2. eines TV-Gerätes (§ 2 Abs. 2 Ziffer 3)“ erhält die Fassung „2. eines TV-Gerätes (§ 2 Abs. 2). Der § 8 Abs. 2 wird herausgenommen.

8. § 9 entfällt

9. Änderungen und Herausnahmen des § 11

§ 11 Abs. 1 erhält für die „Veranstaltungen im Sinne von § 2 Abs. 1, 4 und 5“ die Fassung „Veranstaltungen im Sinne von § 2 Abs. 1 und 5“. Der § 11 Abs. 4 wird herausgenommen.

Artikel 2

Die Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) tritt rückwirkend zum 01.07.2008 in Kraft.

TOP 9 Bekanntgaben: Verkehrszählung

BM Ogertschnig lässt wissen, die Verwaltung habe in eigener Zuständigkeit eine Verkehrszählung vergeben, die für die Verkehrsplanung der Nordwestumfahrung erforderlich sei.

TOP 10.1 Verschiedenes: Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses vom 24.06.08

StR Keil bringt vor, in der Schwäbischen Zeitung sei über die Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses berichtet worden und er sei daraufhin von einem Mitarbeiter der St. Elisabeth-Stiftung angesprochen worden und zwar nicht guter Stimmung. Er stellt klar, seine Stellungnahme habe sich nicht dagegen gerichtet, dass die Stiftung irgendwann eine Schule gründe. Die Entscheidung der SPD-Fraktion in der Vorberatung sei damit begründet gewesen, dass Absprachen zu Planungen und zu laufenden Nutzungen fehlten und man künftig darauf achten müsse, beim Flächennutzungsplan mehr in die Tiefe zu gehen, was diese Punkte betreffe.

TOP 10.2 Verschiedenes: Dank für die Informationsfahrt

StR Wiest bringt vor, die kürzlich durchgeführte Informationsfahrt des Gemeinderats nach Colmar sei äußerst gut und interessant gewesen. Man habe eine gute Mischung aus Kunst, Kultur und Geschichte erlebt. Besonders beeindruckt habe die Führung am Lingenkopf. Hierfür wolle man danken. Der Dank gebühre insbesondere zwei Personen. Zum Einen sei die legendäre Rundumbetreuung durch Frau Appel zu nennen. Ferner gebühre Herrn Dr. Biege Dank, der für das Programm verantwortlich gezeichnet habe und profunde Kenntnisse der deutsch-französischen Verhältnisse, insbesondere des Elsässischen gezeigt habe, für diese gelungene Fahrt. Alles sei stimmig gewesen. Der Kunstgenuss sei noch durch das Spielen der Marseillaise auf den Fingern durch Herrn Dr. Biege erhöht worden, der hierfür anschließend zur Stärkung des Kulturbudgets sammeln gegangen sei. Die Ideenfindungskommission für ein geeignetes Geschenk habe sich für Wein, allerdings keinen Hospitalwein, entschieden. Er überreicht ihm das Präsent und ferner ein Foto von der Sammelaktion in Colmar.

Frau Appel erhält einen Gutschein sowie Reisekaugummis zur Bekämpfung der Reisekrankheit.

Gemeinderat, 07.07.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig